

## R1 NEU Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 27.02.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge Verschiedene

1 Die Bundesregierung hat im Dezember 2016 damit begonnen, Sammelabschiebungen von  
2 abgelehnten Asylsuchenden nach Afghanistan durchzuführen. Innenminister de  
3 Maiziere und Außenminister Gabriel sind der Ansicht, dass es durchaus sichere  
4 Regionen in Afghanistan gäbe.

5 Dieser Auffassung widersprechen wir entschieden! Schon im April 2016 hat das  
6 Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNCHR) mitgeteilt, dass das gesamte  
7 Staatsgebiet vom Bürgerkrieg geprägt und die dort lebenden Menschen gefährdet  
8 seien. Im Dezember 2016 hat die UNHCR die Sicherheitslage als nochmals  
9 verschlechtert eingeschätzt. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung,  
10 Bärbel Kofler, forderte im Februar, die Abschiebungen nach Afghanistan umgehend  
11 zu beenden. Die Sicherheitslage möge von Region zu Region Unterschiede  
12 aufweisen, „gut ist sie aber nirgendwo“.

13 Schleswig-Holstein hat schon frühzeitig im Januar die Abschiebungen nach  
14 Afghanistan wegen schwerer Sicherheitsbedenken ausgesetzt, mehrere Bundesländer  
15 haben ebenso Bedenken angemeldet. Winfried Kretschmann hat im Namen der grün-  
16 mitregierten Länder Bundesaußenminister Gabriel aufgefordert, die  
17 Sicherheitslage neu zu bewerten.

18 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg halten Abschiebungen nach Afghanistan für  
19 absolut inakzeptabel. Das gesamte Land ist geprägt von einem innerstaatlichen  
20 bewaffneten Konflikt und es ist in Anbetracht der Sicherheitslage unvertretbar,  
21 Menschen dorthin zurückzuschicken. Nicht die Sicherheitslage in Afghanistan hat  
22 sich verändert, sondern der innenpolitische Diskurs in Deutschland vor der  
23 Bundestagswahl. Wir fordern die brandenburgische Landesregierung auf, nach § 60a  
24 Aufenthaltsgesetz ein Moratorium zu verhängen und sich bei der Bundesregierung  
25 dringlichst für eine Neubewertung der Sicherheitslage einzusetzen, die in  
26 Einklang mit unseren humanitären Verpflichtungen steht. Für die oftmals  
27 gutintegrierten langjährig Geduldeten ist eine Bleibeperspektive zu schaffen.